



«Die jetzige Lösung bei der MEI bringt viel Bürokratie und ist weitgehend wirkungslos»

Beat Rieder, Ständerat (CVP)

Die MEI-Umsetzung ist unter Dach und Fach. Sind Sie zufrieden?

«Nein. Mit der jetzigen Lösung wird der Verfassungsauftrag nicht umgesetzt. Die CVP hatte ein eigenes Konzept mit der Zuwanderungsbegrenzung durch eine Schutzklausel. Als Ultima Ratio hätten Abhilfemassnahmen die Freizügigkeit der Zuwanderung stoppen können. Damit hätten wir dem Volkswillen nach einer eigenständigen Steuerung der Zuwanderung entsprochen. SP und FDP haben unseren Vorschlag abgelehnt und ihre Idee durchgedrückt. Der bringt sehr viel Bürokratie und ist in der Sache weitestgehend wirkungslos.»

Der Bund besteht auf einem Kataster für quecksilberbelastete Standorte, die nicht saniert werden müssen. Sie sehen darin einen Widerspruch...

«Den gibt es auch. Entweder ist ein Boden belastet und muss saniert werden. Wenn nicht, braucht es auch keinen Kataster. Dieses mindert den Wert der Böden und schädigt damit die Eigentümer. Hier hat die Bürokratie etwas Widersprüchliches erfunden. Es gehört abgeschafft. Nachdem Bundesrätin Doris Leuthard bei meiner Interpellation kein Gehör fand, wird daraus jetzt eine Motion. Die Walliser Nationalräte helfen mir dabei in der grossen Kammer.»

Im Rahmen der Stromnetz-Strategie sollen die grossen Freileitungen nach Möglichkeit in die Erde. Wer soll das bezahlen?

«Erdverlegungen sind geplant, wo Faktor drei der Freileitungskosten nicht überschritten wird. Aktuelle Beispiele wie die Leitung Chamoson-Chippis zeigen, dass das kaum je möglich sein wird. Erdleitungen kosten meistens ein Mehrfaches. Richtig ist, dass man die Emissionen dieser Leitungen zu minimieren versucht. Vielleicht ist das auch nur abschnittsweise möglich. Die Mehrkosten für eine Verkabelung tragen die Stromkonsumenten über die Netzgebühr.»

Sie kritisierten die Raumplanungsverordnung als verfassungswidrig und wollen flexible Richtlinien...

«Die Raumplanung ist laut Bundesverfassung Sache der Kantone. In der Verordnung erliess der Bundesrat nun eine dermassen enge Reglementierungsdichte, dass die Kantone ausgehebelt werden. Die technischen Richtlinien sind zu ändern, weil sie nur quantitative Kriterien wie Bevölkerungswachstum und Bauzonengrösse berücksichtigen. Das führt vor den Bauland-Rückzonungen zu einem Bauboom in Siedlungen, wo kein Zersiedlungsproblem besteht – und ist völlig kontraproduktiv.» **Bearbeitung: Thomas Rieder**